53. Jahrgang. № 89. Dienstag, 30. März 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,00 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gegebenen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zugesandt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | Dreiring-Cacao. Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. – Berlin W. 64. – Frankfurt a. M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

UHRKETTEN unverwüstlich im Tragen
Soeben eingetroffen: Herrliche Neuheiten.
SMY Moritzstr. 10
Grösste Auswahl. Billigste Preise.

Oster-Ausstellung.
Reizende Neuheiten. .·. Grösste Auswahl.
K. S. Hoflieferant B. A. Müller, Prager Str. 32/34

Komplette Betten und Schlafzimmereinrichtungen in jeder Preislage. :: :: :: :: ::
Steiners Paradiesbett!
Paradiesbettenfabrik M. Steiner & Sohn Akt.-Ges.
Prager Strasse 50, Ecke Sidonienstrasse. Telephon 3226.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Ziemlich warm, veränderlich.

Der Reichsdisziplinarhof erkannte gegen Regierungsrat Martin ebenfalls auf Dienstentlassung.

Im Reichstage hielt Reichskanzler Fürst Bülow bei Beratung des Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes eine Rede über seine auswärtige Politik und dankte in einer Erklärung den bürgerlichen Parteien für ihre Unterstützung in der Flottenpolitik.

Das Preußische Abgeordnetenhaus nahm den Gesetzentwurf betreffend die Erhöhung des Grundkapitals der Zentralgenossenschaftskasse in dritter Lesung an und setzte die Etatberatung fort.

Das preußische Kriegsministerium hat für die Frankfurter Internationale Luftschiffahrt-Ausstellung einen Preis von 6000 Mark gestiftet.

Dr. Heinrich Wiegand, Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, ist gestern in Homburg v. d. H. gestorben.

Aus verschiedenen Teilen Schlesiens wird Hochwasser gemeldet.

In serbischen Regierungskreisen wird erklärt, Serbien werde die Forderungen der Großmächte erfüllen.

Der Kampf um die Autorität in Frankreich,

wie er aus Anlaß des Post- und Telegraphenstreiks entfesselt worden ist, hat durch das von der Kammer der Regierung des Herrn Clémenceau ausgestellte Vertrauensvotum einen vorläufigen Abschluß erfahren, der, vom formalen Standpunkte aus betrachtet, einen Sieg der Staatsgewalt bedeutet, vor allem insofern, als das unbedingte Verbot des Streikrechts für alle Organisationen von Staatsbeamten nachdrücklich betont wurde. Die in Uebereinstimmung mit der Regierung angenommene Tagesordnung besagte, daß die Kammer entschlossen sei, den Beamten ein gesetzliches Statut zu geben, durch welches das Streikrecht unzweideutig ausgeschlossen werde, und diese grundsätzliche Erklärung wurde mit der überwältigenden Mehrheit von 470 gegen 63 Stimmen gutgeheißen. Ein weiterer Erfolg des staatserhaltenden Prinzips ist in der Wahrung des Disziplinarrechts der Regierung gegenüber den Beamten und in der Ablehnung der von dem Syndikat der Ausständigen geforderten Entlassung des Unterstaatssekretärs Simyan zu erblicken. Soweit wäre also die Sache in Ordnung, wenn hinter diesen Beschlüssen nun auch ein fester und energischer Wille zur Tat steckte, der imstande wäre, in zielbewußter Arbeit das Werk der allgemeinen Kräftigung der öffentlichen Autorität zu fördern und zwischen den Anforderungen des Staatswohls und den Anmaßungen der revolutionären Organisationen ein für allemal eine wirkliche Scheidung vorzunehmen. Sieht man sich den Fall unter diesem Gesichtswinkel an, so gewinnt er alsbald ein viel ungünstigeres Aussehen; denn der Sieg der Regierung in den genannten Punkten ist mit einer so großen Anzahl wesentlicher Zugeständnisse an die aufsässigen Beamten verknüpft, daß für die Zukunft keinerlei wirklich beruhigende Garantien gegen eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse gegeben sind. In erster Linie wird die von der Kammer vollzogene Anerkennung des Disziplinarrechts der Regierung gegenüber den Beamten in ihrer praktischen Wirkung in dem vorliegenden Falle dadurch illusorisch gemacht, daß in demselben Atem den Ausständigen Straffreiheit versprochen worden ist. Dazu kommt, daß gleich nach dieser Kundgebung der Kammer zugunsten der Aufrechterhaltung der Autorität eine neue schwere Unbotmäßigkeit von den Ausständigen begangen worden ist, indem sie revolutionäre Aufrufe anschlagen ließen, in denen zum Generalstreik aufgehetzt wurde. Als die Regierung hiergegen einschreiten wollte, unter Berufung darauf, daß sich die Straffreiheit nur auf die vor der betreffenden Kammerverhandlung begangenen Ausschreitungen erstrecke, lehnten sich die Postbeamten aufs neue auf und gaben durch ihr Streikkomitee die Erklärung ab, daß sie bei jeder Entlassung auch nur eines einzigen der 120 „Genossen", die sich als verantwortlich für die Maueranschläge erklärten, abermals den Dienst einstellen würden. Es verlautet, daß die Regierung vor diesem neuen Angriffe des Syndikats „mutig einen Schritt zurückweichen" und ihre Absicht, die Urheber des Aufrufs zur Verantwortung zu ziehen, aufgeben werde. Die Beamten treten nach wie vor sehr protzig auf und haben in einer Versammlung ihre „engste Solidarität" und ihre Bereitschaft erklärt, ihr „Recht" und ihre „Würde" bis zum äußersten zu verteidigen. Davor hat die radikale Regierung augenscheinlich Angst bekommen, und um nicht Paris einem erneuten Ausstande von der Art des eben verflossenen auszusetzen, will sie lieber die Rechte des Staates und die Autorität noch weiter preisgeben und dem Syndikat den Willen tun.

In Wirklichkeit steht die Sache demnach so, daß Herr Clémenceau in der Kammer nur einen Scheinsieg erfochten hat, den kräftig auszunutzen und dadurch zu einem wahren Siege zu gestalten, ihm die Energie fehlt. In dieser unseligen Schwäche der radikalen Regierung tritt unverkennbar eine Art von Nemesis hervor. Es rächt sich jetzt, daß das Steuerruder der französischen Republik von einem Manne geführt wird, der vor Zeiten, als er noch im Stande der politischen Unverantwortlichkeit lebte, durch seine aufreizende publizistische und parlamentarische Tätigkeit alles getan hat, um die Achtung der staatlichen Autorität zu untergraben. Wenn jetzt der Sekretär des Pariser Syndikats der Elektriker, das für einen neuen Streik seine Mitwirkung ausgesprochen hat, mit dem geschwollenen Machtgefühl eines echten jakobinischen Tyrannen pathetisch erklärt: „Ich hasse die gegenwärtigen Einrichtungen, und der Tag ihres Sturzes wird für mich ein Freudentag sein!", so kann er sich damit auf das höchsteigene Vorbild des Herrn Clémenceau berufen, der früher ähnliche Tiraden ungezählte Male losgelassen hat. Wie kann eine derartige Regierung, die ihrer ganzen Natur und Vergangenheit nach jeder Autorität bar ist, einen wirksamen Kampf für die Verteidigung der staatlichen Machtvollkommenheit und der Interessen der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Umtriebe der revolutionären Organisation führen? Sehr treffend werden die herrschenden Zustände, wie sie in der Vereinigung von einer autoritätlosen Regierung und einer nahezu an keine Schranken mehr gebundenen revolutionären Agitation und Organisation in die Erscheinung treten, in folgenden Auslassungen des „Siècle" charakterisiert: „Der Staat hat nicht mehr die Macht, sich Achtung zu verschaffen, die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr die Mittel zur Abwehr. Die Beamten haben sich in Syndikaten zusammengeschlossen, die der Geist des Umsturzes beseelt, und sie halten sich für fähig, der Staatsautorität Widerstand zu leisten, ohne daß sie das Bewußtsein besitzen von den Pflichten, die auf ihnen gegenüber der Masse der Nation ruhen. Es ist klar, daß eine derartige Anarchie sich ohne Gefahr für das Land und die Republik nicht länger hinziehen darf."

Man stelle sich nur einmal vor, was für unmittelbare Folgen es haben müßte, wenn schließlich infolge der Schwäche der radikalen Regierung auch das letzte, nur noch mühsam verteidigte Bollwerk fiele, das bisher durch die Verweigerung des Streikrechts für die Beamten noch den bürgerlichen Staat in Frankreich von der kommunistischen Republik trennt. Träte dieser Fall ein, so wäre der Staat völlig in die Hand der Revolutionäre gegeben. Die Syndikate hätten die ganze öffentliche Gewalt zur unbeschränkten Verfügung, die Verwirklichung der sozialistischen Hauptforderung, die Abschaffung des Privatkapitals und die Umwandlung aller Unternehmungen in staatliche Betriebe, könnte beginnen, und damit wäre dann auch die bereits von Bismarck befürchtete Gefahr einer „sozialistischen Invasion" Europas von Frankreich her in greifbare Nähe gerückt. Bei der tatsächlichen Entwicklung zu einem schrankenlose Radikalismus, die sich in der dritten Republik vollzogen hat, ist eine solche Zukunftsmalerei durchaus keine Utopie, weil jeden Augenblick die Schwäche der radikalen Regierung so groß werden kann, daß die Bestimmung des Streikverbots für die Beamten nur noch ein rein papiernes Dasein führt und in der Praxis überhaupt nicht mehr durchführbar ist. War es eine Vorahnung dieser der gesamten bürgerlichen Gesellschaft drohenden Gefahr, die bei der entscheidenden Kammerabstimmung rechts und links alle Elemente zusammenführte, die noch einen energischen Kampf gegen das Idol des Zukunftsstaates zu führen gewillt sind? In jedem Fall ist die Mehrheit von 470 Stimmen, die sich gegen nur 63 sozialrevolutionäre Vertreter für das Streikverbot gegenüber den Beamten aussprach, ein Menetekel für die dritte Republik, das die wahren gemäßigten Freunde des republikanischen Staatsgedankens anspornen sollte, alle Kräfte einzusetzen, um den unfehlbar zum Débâcle führenden radikalen Kurs noch im letzten Augenblick zu ändern, ehe das Staatsschiff von der Brandung erfaßt und auf die Klippen geschleudert wird.

Die Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes im Reichstage.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Haus ist gut, die Bundesratstische, sowie die Tribünen sind voll besetzt. In der Loge Prinz August Wilhelm und Prinzessin Friedrich Leopold. Auf der Tagesordnung stehen die **Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes.** Das Wort nimmt sofort

Reichskanzler Fürst Bülow:

Ehe ich näher auf die Orientangelegenheit eingehe, möchte ich andere Dinge berühren. Zunächst den Besuch des englischen Königspaares. Ich stehe nicht an, diesen als ein glückliches Ergebnis zu bezeichnen. Den Völkern ist wieder einmal zum Bewußtsein gebracht worden, wie nötig es ist, daß beide Länder, England und Deutschland, in Friedensarbeit miteinander wetteifern und in guten Beziehungen zueinander bleiben. Das Netzwerk der Beziehungen zwischen beiden Ländern ist nicht so leicht zu zerreißen, wie sehr auch daran gezerrt wird. Denn dieses Netzwerk hat seine Festigkeit mit dadurch erlangt, daß ein großer Teil der Arbeit beider Länder mithinein verquickt worden ist. Es gibt kaum zwei Länder, die so aufeinander angewiesen sind, wie England und das Deutsche Reich. Dafür sprechen die Zahlen. Daß wir die besten Kunden Englands sind, bestätigt die Statistik. Nach keinem Lande exportiert England so viel wie nach dem Deutschen Reiche. Und ebenso ist es umgekehrt. Der Kanzler geht auf die betreffende Statistik näher ein. Diese Zahlen sind Werte, die ihre praktische Kraft jahraus, jahrein betätigen. Ich weiß freilich, daß es Fanatiker gibt, die beide Länder auseinanderzubringen suchen.

Das Abkommen, das wir mit Frankreich über Marokko getroffen haben, sichert uns die freie Betätigung von Handel und Gewerbe in einem unabhängigen Marokko, sowie die Möglichkeit, in gleicher Weise wie Frankreich aus den Errungenschaften in Marokko Nutzen zu ziehen. Es freut mich, daß der Widerspruch gegen dieses Abkommen in beiden Ländern gering war. Man hat mir hier und da den Vorwurf der Inkonsequenz in meiner Marokko-Politik gemacht. Es liegt da eine irrige Auffassung unserer Marokko-Politik zugrunde. Wir können nicht vom Schaden anderer leben. Das deutsche Volk ist groß genug, um eine offene, klare, gerade Politik zu treiben, und der Ausdruck einer solchen Politik ist das Abkommen, das wir mit Frankreich über Marokko getroffen haben.

Es ist versucht worden, mich unserem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen als schwankend, bedenklich und vertrauensunwürdig zu denunzieren. Diese Legende kann nicht kräftig genug zerstört werden. Ich habe besonderen Wert darauf gelegt, unseren Bundesgenossen wissen zu lassen, daß er in der Orient-Frage unserer vollen bundesgenossenschaftlichen Treue und Loyalität sicher sein kann. (Lebhafter Beifall.) Ich teilte nach Wien mit, daß wir Oesterreich nicht im Stiche lassen würden, ebenso nach London. Unserem Bundesgenossen teilte ich mit, daß er auch im Falle von Komplikationen, falls etwa Schwierigkeiten entstehen sollten, auf uns rechnen könne. Danach, meine Herren, mag man es beurteilen, wenn man mich als einen unzuverlässigen Kantonisten hat verdächtigen wollen. Ebenso muß ich anderseits den Vorwurf zurückweisen, daß wir unseren Platz neben Oesterreich mit überflüssigem Eifer eingenommen hätten. Man hat mir vorgeworfen, wir hätten uns für Interessen eingesetzt, die nicht die unseren seien. Diesem Vorwurf gegenüber, für den man sich auch auf einen gewissen „gesunden Egoismus" berief und auch auf den Fürsten Bismarck, der angeblich jede Stellungnahme zur Balkanpolitik vermieden haben würde, behaupte ich: Fürst Bismarck würde gerade solche Laodicea-Politik verworfen haben. Ich erinnere Sie da an ein Wort des Fürsten Bismarck, das heute schlagende Beweiskraft hat. In seiner unsterblichen Rede am 6. Januar 1888 sagte er: „Ein Staat wie Oesterreich-Ungarn wird dadurch, daß man ihn im Stiche läßt, entfremdet!" Und, meine Herren, ein solcher Staat würde dann auch unter Umständen jedem die Hand bieten, der seinerzeit ein Gegner eines unzuverlässigen Freundes gewesen ist. Hierin liegt unser eigenes Interesse an der Situation. Glauben Sie, daß wir an Stelle unseres 30jährigen Verbündeten irgendeinen neuen Freund gefunden hätten, wenn wir in diesem Falle die Probe nicht bestanden hätten. Nein, sicher nicht! Wir hätten uns vielmehr sehr bald, aber alsdann ohne Oesterreich, derselben Mächte-Gruppierung gegenüber befunden, wie jetzt. (Zustimmung.) Gewiß, meine Herren, Deutschland ist ja stark genug, auf sich selbst zu bauen. (Beifall.) Aber eine Politik des Finessierens ist nicht eine kluge Politik gegenüber einem Freunde! Eine diplomatische Niederlage unseres Bundesgenossen Oesterreich-Ungarn würde unzweifelhaft eine Rückwirkung ausgeübt haben auf unsere eigne internationale Stellung. Das Schwergewicht wäre verringert worden, das wir beide, Oesterreich-Ungarn und Deutschland, jetzt gemeinsam in die Wagschale werfen. Ich habe da mal ein Wort gelesen über unsere Vasallenschaft gegenüber Oesterreich. Das Wort ist einfältig! (Beifall.) Wir stehen lediglich in Liebe und Treue zu Oesterreich-Ungarn, und diese Liebe und Treue wollen wir nicht ausschalten, sondern bewahren. (Beifall.) Damit aber deshalb nicht etwa blutige Bilder auftauchen, füge ich hinzu, daß gerade dieses Bündnis eine friedliche Wirkung gehabt